Abonnementspreis
in Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,50 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: **Karl Hoffmann** in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der **Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.**

Nr. 209. **Bielefeld, Montag, 7. September 1896.** **7. Jahrgang.**

„Die Abänderung von Arbeiterversicherungs-Gesetzen".

So betitelt sich der dieser Tage vom „Reichsanzeiger" veröffentlichte, zur Vorlage an den Reichstag bestimmte Gesetzentwurf. Derselbe geht nicht etwa, wie der Titel schließen lassen könnte, auf die Abänderung sämtlicher oder mehrerer Arbeiterversicherungsgesetze hinaus; er beschränkt sich darauf, das Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 einer „Reform" zu unterziehen. Ueber die Erwägungen, welche dazu geführt haben, giebt eine dem Entwurf beigegebene sehr umfangreiche Begründung Aufschluß. Dieselbe beginnt mit der Behauptung: Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz habe während seiner nunmehr fast sechsjährigen Wirksamkeit „in erheblichem Maße dazu beigetragen, die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern". Eine kühne Behauptung, die dadurch nicht glaubwürdiger wird, daß ihr hinzugefügt wird: „Von den Versicherungsanstalten sind bis zum 31. Dezember 1895 zirka 425477 Renten bewilligt worden. Im Jahre 1895 bezogen rund 347700 Personen Renten, deren Gesamtwert sich auf 41,6 Millionen Mark belief".

Soll das der Beweis dafür sein, daß das Gesetz „in erheblichem Maße dazu beigetragen hat, die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern"? Dann müssen wir sagen, daß dieser Beweis durchaus den Thatsachen widerspricht und der Logik entbehrt. Das in Rede stehende Gesetz hat ebenso wenig, wie irgend ein anderes der Versicherungsgesetze, Einfluß auf die Lage der arbeitenden Klassen. Jedes dieser Gesetze erstreckt seine Wirksamkeit nur auf bestimmte, verhältnismäßig kleine Teile dieser Klassen. Der erkrankte, der durch Unfall erwerbsunfähig gewordene, der invalide und altersschwache Arbeiter wird durch die ihm auf Grund des Gesetzes zu machenden Zuwendungen an Unterstützungen, Entschädigungen oder Renten vor dem Versinken ins äußerste Elend bewahrt. Das ist alles. Streng genommen kann man nicht einmal sagen, daß dadurch die wirtschaftliche Lage derjenigen, welche diese Zuwendungen genießen, verbessert wird. Denn was sie an Unterstützungen, Entschädigungen oder Renten erhalten, dient nur zum Notbehelf, erreicht bei weitem nicht die Höhe des Einkommens erwerbsfähiger Arbeiter, welches in der Regel doch auch nur das Existenzminimum deckt. Die wirtschaftliche Lage des auf derartige Zuwendungen angewiesenen Arbeiters ist um sehr vieles schlechter, als die des erwerbsfähigen; vorausgesetzt, daß er Arbeit hat. Also kann von „Verbesserung" der wirtschaftlichen Lage des Ersteren durch die betreffenden Gesetze nicht die Rede sein. Und nun gar das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz! Gegenüber den Millionen der arbeitenden Klassen, die auf ihre Arbeitskraft im Kampfe ums Brot angewiesen sind, fallen die paar hunderttausend Personen, welche eine zur menschenwürdigen Existenz völlig unzureichende Rente beziehen, doch wahrlich nicht ins Gewicht. Nur ein geringer Bruchteil der zu Beiträgen an diese Versicherung gesetzlich verpflichteten Arbeiter und Arbeiterinnen gelangt in den Genuß der die öffentliche Armenpflege entbehrlich machenden Rente. Die erdrückende Mehrzahl derselben stirbt, der kapitalistischen Ausbeutung zum Opfer fallend, lange vor Erreichung des Lebensalters, welches zum Bezuge der Rente berechtigt. Aber solche Erwägungen sind der offiziellen sozialpolitischen Weisheit fremd. Kühnlich behauptet sie, daß Gesetz habe die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen in erheblichem Maße verbessert!

Die Begründung versichert sodann: die Grundlagen des Gesetzes hätten sich im allgemeinen bewährt, wenigstens sei es bisher noch nicht gelungen, „etwas Besseres an deren Stelle vorzuschlagen". Man erinnert sich also an offizieller Stelle nicht mehr der diesbezüglichen Vorschläge, welche die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage gemacht hat und die gerade auf eine bessere Grundlage abzielten.

Der Entwurf verfolgt, nach dem Vorgange der Novellen der Krankenversicherungs- und Unfallversicherungs Gesetzen, den Weg der Einzelrevision. Die Begründung führt aus: die Frage der Reform der gesamten Arbeiterversicherung und deren Vereinfachung durch Zusammenlegung aller oder mehrerer Zweige der Versicherung könne „zur Zeit noch nicht befriedigend gelöst werden". So wünschenswert die Zusammenlegung „im Grundsatz" auch sein möge, so seien doch „die Schwierigkeiten und Weiterungen, die einer solchen Maßnahme noch entgegenstehen, schon deshalb sehr erheblich, weil die Meinungen über den hierbei einzuschlagenden Weg noch völlig auseinandergehen". Recht naiv, dieser Respekt vor den Meinungen! In anderen Fragen, z. B. denen der militärischen Organisation, pflegen die offiziellen Kreise nicht so weitgehende Rücksichten auf die verschiedenen Meinungen zu nehmen; da machen sie autoritär ihre Meinung geltend. Will die Regierung die Entwickelung der Meinungen abwarten, so wird die Angelegenheit wohl niemals spruchreif werden, denn die Meinungen werden nach wie vor auseinandergehen. Nach unserer Ueberzeugung freilich ist die Frage längst spruchreif, wie wir das ja schon des Oefteren ausgeführt haben. Die Lösung ist nicht schwer, wenn man sich dazu versteht, wie das von sozialdemokratischer Seite im Reichstage s. Z. vorgeschlagen worden ist, die Zusammenlegung der Versicherungszweige auf der Grundlage einer allgemeinen progressiven Versicherungssteuer zu bewirken. Aber gerade der finanzielle Punkt ist es, in welchem für Regierung und herrschende Klassen die Schwierigkeiten bestehen. Wem und wie die Beitragslasten zugeteilt werden sollen, das ist in der Sache die hauptsächlichste streitige Frage, was man allerdings nicht offen eingestehen will.

Die Begründung führt weiter aus: Bis zur „endgiltigen Erledigung" der ganzen Angelegenheit können die Aenderungen des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, „die sich in der Praxis als dringlich erwiesen haben, nicht hinausgeschoben werden". Um aber das „Ineinandergreifen der verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung schon im jetzigen Stadium möglichst zu fördern", sieht der Entwurf in mehreren Punkten „eine noch nähere Verbindung der Invaliditäts- und Altersversicherung mit der Unfall- und der Krankenversicherung vor", um damit „die Grundlage zu erweitern, auf der im Falle einer umfassenden Revision der Arbeiterversicherung möglicherweise wird weiter gebaut werden können".

Daß alle die Wege der Einzelrevision ganz bedeutende Umwege zu den „im Grundsatz" anerkannten Ziele sind, ist klar. Die ernstlich gewollte und energisch in Angriff genommene von gesunden Prinzipien bestimmte Gesamtrevision würde kaum mehr Arbeit machen, als die jetzt vorgesehene Einzelrevision. Allerdings müßten dabei eine ganze Reihe Sonderinteressen-Erwägungen aus dem Spiele bleiben.

Die Begründung zieht neben einer etwaigen Verschmelzung sämtlicher Versicherungszweige zweierlei beschränktere Zusammenlegungen in betracht: Die Vereinigung der Kranken- mit der Invaliditätsversicherung unter Aufrechterhaltung einer selbstständigen Unfallversicherung — und die Zusammenlegung der Unfall- und der Invaliditätsversicherung unter Aufrechterhaltung einer selbstständigen Krankenversicherung.

Zu Gunsten ersterer macht sie geltend, daß ein näher innerer Zusammenhang und deshalb mannigfache Wechselbeziehungen zwischen den beiden Versicherungszweigen bestehen. Aber sie meint, die Verschmelzung würde kaum durchgeführt werden können, bevor durch eine Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf alle von ihr noch nicht erfaßten Berufszweige, für welche die Invaliditätsversicherung gilt, eine gleichmäßige Begrenzung des Kreises der versicherten Personen herbeigeführt wäre. Außerdem aber würden sich aus der verschiedenen Natur des Risikos und aus der damit im Zusammenhang stehenden Art der Organisation Schwierigkeiten ergeben.

Auch die innere Verwandtschaft der Unfall- mit der Invaliditätsversicherung giebt die Begründung zu. Bei beiden handelt es sich um Fälle teilweiser oder gänzlicher bezw. langandauernder Erwerbsunfähigkeit. Es wird weiter zugegeben, daß eine Verbindung dieser beiden Zweige in verschiedener Form „denkbar wäre". Dann aber werden eine Reihe von Bedenken erhoben, deren hauptsächlichste dahin gehen: „es würden sich so erhebliche mit Kosten und Weiterungen verbundene praktische Schwierigkeiten ergeben, daß die Verschmelzung schon aus diesem Grunde bedenklich erscheine, zumal sie in den Kreisen der Unternehmer nicht dazu beitragen würde, die Zufriedenheit mit der sozialpolitischen Gesetzgebung des Reiches zu vermehren"!!! Welch zarte Rücksichtnahme auf die Unternehmer! Nach der Zufriedenheit der Arbeiter fragt die offizielle Höflichkeit nicht. Weiter: im Falle der Verschmelzung würde sich ein einheitliches Beitragssystem nötig machen, wobei die Form des

---

Allerhand Proletarier.

Von A. Otto-Walster.

44 [Nachdruck verboten.]

„Nein, aber bis vor einem Augenblick wäre ich imstande gewesen, mein Sein, mein Leben und mein alles für eine Veronika zu opfern."

Die drei hatten während dieses Gespräches längst das Zimmer des Schreibers erreicht und dort Platz genommen. Der Inhaber der Wohnung war mit dem Brauen des Grogs beschäftigt, wie er aber die letzten Worte des Malers hörte, sagte er:

„Ich kann da freilich mein Spirituslämpchen auslöschen, denn wo solche Worte fallen, ist es mit Fried' und Freundschaft vorbei. Jahrelang hab' ich nicht Freundschaft mehr noch Lieb' gekannt, seit kurzer Zeit ist mein Herz wieder warm gewesen, aber solche Worte, sagt man sich selbst, können nicht von wohlwollenden Lippen kommen."

„Sie haben recht, ich war nicht klug, ich war nicht gut", meinte das Fräulein kleinlaut.

„Und ich war toll", erklärte der Maler mit einer Energie der Verzweiflung, die jeden Menschen rühren mußte.

„Wir hatten beide schuld, wollen wir sagen nicht wahr?"

„Ich hatte schuld und glaubte, Sie hätten schuld."

„Wir werden uns schon vertragen."

„O, Fräulein, ich kann nicht anders, ich muß Sie lieben!"

„Ja, Fräulein", bemerkte der Schreiber, „das müssen Sie sich schon gefallen lassen."

„Nun ja, ich will mir's auch gefallen lassen, ich weiß wenigstens nichts dagegen einzuwenden", lachte das Fräulein, das Komische der ganzen Situation, welche seltsame Schicksale herbeigeführt, erfassend, aus ganzem Herzen.

„Und also trinken wir ein Glas Grog aufs Wohl unserer Lieben", mahnte der Schreiber, „wir werden schon wissen, wen wir darunter meinen."

„Ja, meine Herren, und nochmals vielen Dank für all die Liebe und Aufopferung, die Sie jedenfalls auch durch Ihr Schweigen darüber bekunden werden, daß ich, ein Mädchen, im Dunkel der späten Abendstunde bei ledigen Herren Besuch abgestattet habe. Es könnte mir dies jede gute Partie verderben."

Lachend verließ sie das Zimmer; sobald sie aber auf dem Gange angekommen, mußte sie einen Augenblick still stehen, sie fühlte die heftigsten Krämpfe des Herzens, die immer nach starken Aufregungen, verbunden mit ungesunden Anfällen von Heiterkeit, eintraten.

„Sie leiden, Fräulein", rief der Maler, betreten über den schmerzlichen Ausdruck des bleichen Gesichts.

„O, es geht vorüber, bitte, gehen Sie zurück. Es ist nur das Herz, das mir zuweilen zu schaffen macht, und dann schadet mir die Gesellschaft der Menschen."

* * *

Wochen und Monate waren seit jenem ereignisvollen Tage und Abende vergangen, der Schnee lagerte schon längere Zeit in sicherer Ruhe auf den Straßen und Dächern der Residenz. Die Weihnachtszeit nahte heran mit ihrem geheimnisvollen Zauber, aber was dem Bemittelten diese Zeit so anmutig, anziehend erscheinen läßt, das ist den armen Proletariern nur zu häufig ein Anlaß zu neuen Sorgen und manchem bitteren Gefühl.

Im Kreise unserer Bekannten hatte sich manches verändert, vieles in Ansehung der kurzen Zeit, so daß es noch immer reichlichen Stoff zu Erzählungen und Erörterungen gab. Manches Haus erlebt nicht in zehn Jahren, was dieses Haus in zwei Monaten erlebte. Den einen ward es zum Weh, den anderen zur Freude, und nur die zweite Etage verhielt sich gleichgültig, sie war gänzlich verlassen, weil seit der letzten Pleite der Firma Scheffel und Bluth kein Fuß diese Räume wieder betreten. Ein tiefsinniger Weltordnungserklärer würde an diesem Logis die Notwendigkeit und die weise Einrichtung nachweisen, daß zu jedem Hause ein Hausbesitzer sein muß, und dies ebenso weisheitsvoll klarlegen, wie unsere Theologen den Satz, daß alles, was existiert, jemand voraussetzt, der das alles gemacht und so weise eingerichtet haben muß, also einen Schöpfer. Giebt man ihnen das zu und fragt mit demselben Rechte, wer dann den Schöpfer geschaffen, dann meinen sie, der müsse von Ewigkeit da sein, denn sonst wär's mit der Weltmonarchie aus, nach deren Vorbild die irdischen Monarchien abgenommen sind. Es ist Unsinn, die Staaten republikanisch einrichten zu wollen, solange der Glaube an einen persönlich regierenden Gott die Gemüter regiert. Mit diesem Glauben schwindet die Monarchie von selbst.

Wir aber sprachen vom Hausbesitzer. Und das Haus in welchem sich alle die erzählten Begebenheiten zugetragen, hatte zwar einen, aber einen, der weder ans Kündigen, noch ans Steigern mehr dachte und folglich kein richtiger Hauswirt mehr war. Die Nacht im Keller hatte dem Manne „den Rest", wie er sich ausdrückte, gegeben. Erst die Alteration mit den Papieren, dann die Angst vor nahenden Räubern seines höchsten Gutes und schließlich der heftige Schreck warfen ihn aufs Krankenlager, von dem er nicht gesund wieder aufstehen sollte, da ihm der Schreck in den Gliedern sitzen geblieben und durch keine Schwitzkur auszutreiben war. Sein Zustand verlangte unausgesetzt sorgsamste Pflege, und die hatte er denn auch reichlich, da am zweiten Tage darauf seine verstoßene Tochter wieder eintraf und die Pflege des fieberkranken Vaters übernahm. Kein Wort der Auseinandersetzung war seit dem Tage, da Herr Schnober wieder zum Bewußtsein zurückgekehrt, zwischen ihm und der Tochter gefallen. Er schien ihre Anwesenheit als etwas ganz selbstverständliches zu betrachten, und sie war so schüchtern, daß sie das Wirtschaftsgeld bei ihren Bekannten im Hause borgte. Und wenn bei Herrn Schnober die sicheren Anzeichen eines längeren Schlafes bemerklich wurden, schlüpfte sie auf ein halbes Stündchen in die dritte Etage hinauf, wo die beruhigte und durch die Anwesenheit ihres Kindes beglückte Mutter, die ernste Veronika und das unaufhörlich in der munterſten Laune plaudernde Klärchen gemeinschaftlich an der Ausstattung der letzteren arbeiteten. Herr Hennig zeigte sich nur selten, fast nur zum Mittagessen, und sprach fast nur, wenn man ihn fragte. Er hatte seine Verhältnisse, soweit es ging, geregelt und seiner Gemahlin ein bestimmtes Monatsgeld ausgesetzt, welches für die bescheidenen Bedürfnisse ausreichte, ohne daß die Mädchen „für Leute" zu arbeiten brauchten.

(Fortsetzung folgt.)

---

hsgrafen von Mooringen)
t. Zwar spielt nach der siebzehnten Jahrhundert, durch nicht abhalten, Karl folgen zu lassen. Eine Bearbeiter in der großen Daten vor. Man erfährt unverfälschten böhmischen t Jedem, der bisher nur ollkommene Ueberraschung: nicht recht warum, zuerst ich dann selbst, wobei er hluckt. Vorher beichtet er r dann feierlichst dem im mt seinem Sohn Karl den nützte Karlchen eigentlich erden, aber der weltkluge s Kaisers anzurufen. Das und der Herrscher verzeiht , so daß die Hochzeit mit kann. Lange schildert das Weise:
Rettung für Karl Moor s der Junker von seiner er im Besitz eines vollen er konnte ihm bald darauf überreichen. Aus Anlaß der alte Reichsgraf jedem nes Sohnes während einer Dukaten und ermöglichte in, eine geachtete Lebens-
oor in die Familiengruft, n Vater zur Ruhe gebettet e Gebete für sein Seelenheil Opfer treuer Pflichterfüllung familiengruft beigesetzt und kte seine Gruft. Bereits abermals ganz geräuschlos elle — Karl und Amalia durch Kaplan Moser mit n verbunden."

tskauf!
Cigarrenspitzen, nstrumenten 2c.
zu bedeutend herabgesetzten 2056
befindet sich mein Geschäft ern Arnold Fricke.
F. Brill.

Deutscher 2:36 tallarbeiter-Verband
Zahlstelle Bielefeld.
nntag, den 6. September, morgens 10 Uhr:
itgldr.-Versammlung
Lokale des Herrn R. Kahl.
agesordnung: 1. Aufnahme und lung der Beiträge. 2. Die Arbeiterschüsse in den hiesigen Fabriken, sie sind und wie sie sein sollen. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

lgem. Arbeiter-Verein r Schildesche u. Umgeg.
nntag, den 6. September, nachmittags 4 Uhr:
itgldr.-Versammlung im **Hellingskrug.**
Tagesordnung: Hebung der Beie und Aufnahme neuer Mitder, Bücherwechsel und Verschieses. [2142
lm zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

er **Buchhandlung „Volks-**

und Beschlüsse
Arbeiter- u. Gewerkschafts- London
1. August 1896.
Pfg.
ng des „Vorwärts") hielt es für Verhandlungen und Beschlüsse des Heraszugeben, da die offiziellen se immer sehr verspätet erscheinen eine Preisfestsetzung erfordern, die n die Massen dringen, und dü ste tokollausgabe um so willkommener bsatz ermöglicht. Die in London lüsse erfo dern zu ihrer Wirksamkeit nd bethätigt werden.
dlung „Volkswacht".

Prämiensystems zum Kapitaldeckungsverfahren in Betracht komme. Dieses Verfahren aber würde „die Unternehmer mit einer nicht unerheblichen Mehrbelastung treffen und deshalb schwerlich auf Beifall rechnen können". Immer die Rücksicht auf die Unternehmer!

Auch von einer Verwaltungsgemeinschaft verspricht die Begründung sich kein befriedigendes Resultat; sie will „für unsichere Verbesserungen nicht die sicheren Vorzüge der bestehenden Einrichtungen auf's Spiel setzen".

Alles in Allem läßt die Begründung erkennen, daß der Entwurf nach Möglichkeit dem Unternehmer-Interesse Rechnung zu tragen wünscht.

Die einzige grundsätzliche Aenderung des bestehenden Systems, welche der Entwurf vornimmt, besteht darin, daß künftig jede Versicherungsanstalt dauernd mit einem Viertel der von ihr festgesetzten Renten belastet wird, während drei Viertel auf die Gesamtheit aller Träger der Versicherung verteilt werden. Nach den jetzt geltenden Bestimmungen erhebt jede der 31 Versicherungsanstalten ihre Beiträge selbständig und hat (abgesehen von dem Reichszuschuß von 50 Mk zu jeder Jahresrente, bei welchem es auch fernerhin sein Bewenden behalten soll) aus dem Ertrag der Beiträge die fällig werdenden Renten und die Vermögensansammlung zu bestreiten. Die vom Entwurf vorgesehene Aenderung, welche als die Anbahnung der Verschmelzung der einzelnen Versicherungsanstalten in eine einzige große Reichsanstalt aufzufassen ist, wird in freisinnigen Blättern nicht mit Unrecht als der Rücksichtnahme auf die östlichen Provinzen Preußens mit ihrer vorzugsweise ländlichen Bevölkerung, der Rücksichtnahme auf die Interessen der Großgrundbesitzer entsprungen bezeichnet. In jenen Provinzen ist die Zahl der Altersrentner, d. h. der Personen über 70 Jahre, bekanntlich relativ größer als in industriellen Bezirken. Die landwirtschaftliche Beschäftigung ist weniger gesundheitsschädlich als die industrielle. Der Entwurf will die aus diesem Verhältnis sich ergebende relativ höhere Belastung der hauptsächlich mit ländlicher Bevölkerung rechnenden Versicherungsanstalten einschränken; die übrigen Versicherungsanstalten sollen zu drei Vierteln die Rentenlast jener mit tragen, was nach unserem Dafürhalten durchaus nicht dem Prinzip der „ausgleichenden Gerechtigkeit" entspricht, denn es ist dabei in erster Linie auf Schonung des Geldbeutels der Großgrundbesitzer abgesehen. Deshalb dürfte gerade dieser Punkt im Reichstage Anlaß zu erregten und langen Debatten geben, zumal in der Begründung bemerkt wird: daß, wenn man in den landwirtschaftlichen Provinzen die Beiträge erhöhe oder die Renten ermäßige, wiederum ein neuer Anlaß für den Zufluß der Versicherten zu den großen Städten und damit „eine noch stärkere Verschiebung der Arbeitsbedingungen" herbeigeführt werden würde. Der Entwurf spricht damit offen aus, daß er der agrarischen Sonderinteressenpolitik Rechnung tragen will.

Das vielbekämpfte Klebesystem behält der Entwurf mit einigen der Verbesserung dienen sollenden Aenderungen bei. Die Begründung weist den — hauptsächlich von der Sozialdemokratie vertretenen — Gedanken, die erforderlichen Mittel durch eine allgemeine Steuer aufzubringen, als einen schwer bedenklichen zurück. Die Entrichtung der Beiträge soll erfolgen durch Einkleben eines entsprechenden Betrages von Marken in eine Quittungskarte des Versicherten. Der Versicherte ist verpflichtet, eine Quittungskarte sich ausstellen zu lassen und dieselbe behufs Einklebens der Marken oder Eintragung der Versicherungszeit zu den hierfür vorgesehenen Zeiten vorzulegen. Er kann hierzu von der Ortspolizeibehörde durch Geldstrafen bis zum Betrage von fünf Mark angehalten werden. Ist der Versicherte mit einer Quittungskarte nicht versehen oder lehnt er deren Vorlegung ab, so ist der Arbeitgeber berechtigt, für Rechnung des Versicherten eine solche anzuschaffen und den verauslagten Betrag bei der nächsten Lohnzahlung einzubehalten.

Durch Ausscheidung einer fünften Lohnklasse für Versicherte mit einem Jahresverdienst über 1150 M. soll hochgelohnten Arbeitern und Betriebsbeamten eine entsprechend höhere Rente gegen Enrichtung höherer Beiträge ermöglicht werden. Das Vermögen der Versicherungsanstalten soll in größerem Umfange als seither für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter und sonstige Wohlfahrtseinrichtungen nutzbar gemacht werden.

Auf alle diese und weitere Einzelheiten des Entwurf werden wir gelegentlich noch näher eingehen. Das hier Mitgeteilte genügt vorläufig, um erkennen zu lassen, daß der Entwurf ein „Meisterstück" der Flickarbeit ist.

Politische Uebersicht.

Bielefeld, 7. September.

— **Große Angst** vor der „Verführung" der Eisenbahnarbeiter durch die Sozialdemokratie verrät folgende der „Natl. Korresp." entstammende Notiz, welche jetzt die Runde durch die bürgerliche Presse macht:

„In einigen größeren mitteldeutschen Städten haben gegen Ende Juni und Anfang Juli Versammlungen von Eisenbahnarbeitern stattgefunden, die von der Sozialdemokratie eifrig beachtet wurden. Die Eisenbahnarbeiter haben in Eingaben an ihre Direktionen ihre Lage geschildert und um Erhöhung des Lohnes nachgesucht; in bereitwilliger Weise haben die Direktionen Lohnerhöhungen bis zu zehn Prozent bewilligt. In den Versammlungen waren zwar 20 Prozent gewünscht worden. Aber die Eisenbahnarbeiter sind doch im Großen und Ganzen zufriedengestellt (?), und das ist der Sozialdemokratie wider den Strich gegangen; sie hätte gar zu gern die Eisenbahnarbeiter im Gefolge der roten Fahne gesehen. Auf dem internationalen Eisenbahnarbeiterkongreß in Mailand ist die bitterste Klage darüber geführt worden, daß es in Deutschland nicht gelingen wolle, die Eisenbahnarbeiter als Genossen zu werben. Denn von diesen erwartete man, daß sie bei Ausständen und ähnlichen Gelegenheiten selbst die Arbeit einstellen und solchermaßen die Behörden verhindern könnten, Truppen in die ausständischen Bezirke zu werfen. Auf dem nächsten internationalen Eisenbahnarbeiterkongreß in Barcelona hoffe man jedoch mit einer froheren Botschaft aufwarten zu können. Aber trotz der in Deutschland ungewohnten Erscheinung von Eisenbahnarbeiterversammlungen sieht es nach sozialdemokratischen Erfolgen nicht aus. Daher wollen die Sozialdemokraten jetzt noch einmal einen Versuch machen, die Eisenbahnarbeiter aufzureizen. Von Hamburg ist ein Aufruf an alle Eisenbahnbedienstete ergangen, in dem es heißt: „In nächster Zeit soll eine Broschüre herausgegeben werden über Lohn- und Arbeitsverhältnisse an der preußischen Eisenbahn. Da wir immer mehr einsehen, daß alles Petitionieren und Bitten um Lohnzulagen u. s. w. bei den zuständigen Direktionen doch nichts nützt, so hat sich in Hamburg ein Komitee gebildet, um alle Lohn und Mißstände zur allgemeinen Kenntnis zu bringen." Die Sammelstelle für das Material ist ein sozialdemokratisches Blatt. Daß die Schrift in tendenziösem Sinne abgefaßt werden wird, ist mit Sicherheit anzunehmen; es soll eben Alles versucht werden, um die Eisenbahnarbeiter für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Ist man dieser Hilfe sicher, so ist, wie schon bemerkt, unter Umständen der Lohnkampf für die Genossen halb gewonnen; weitgehendere Möglichkeiten, die im Falle eines Krieges eintreten könnten, lassen sich ja auch denken. Darum sind die Versuche der Sozialdemokratie, die Eisenbahnarbeiter zu gewinnen, ganz besonders gefährlich und verdienen ganz besondere Beachtung."

Der hier in Rede stehende Aufruf ist, wie das „Hamburger Echo" bemerkt, von „zufriedenen" Eisenbahnarbeitern selbst ausgegangen. Es gehört ja auch das ganze Maß sozialpolitischer Einsicht der deutschen Kapitalistenklasse dazu, um sich einzubilden, daß bei einer so schlechten Bezahlung und Behandlung Zufriedenheit bei den Eisenbahnarbeitern Platz greifen könnte und es da erst einer „Verhetzung" bedürfe. Die Masse dieser Arbeiter gehört hier wie anderwärts längst zur Sozialdemokratie, als Gesinnungsgenossen brauchen wir dieselben nicht mehr zu werben. Lediglich der auf ihnen lastende Druck verhindert sie, sich zu organisieren. Daß sie aber trotzdem nicht müßig sind in der Wahrung ihrer berechtigten Interessen, zeigt sich in der Thatsache, daß sie wo immer möglich, in öffentlichen Versammlungen ihre Forderungen erheben. Durch den Hinweis auf den Fall eines Krieges können nur Dumme in ihrer Meinung beeinflußt werden.

— **Daß der Zar seit Sonntag in Breslau weilt,** ist für die bürgerlichen Zeitungen von größter Wichtigkeit. Für uns ist es vollständig gleichgültig. Die Geschicke der Welt werden durch andere Faktoren bestimmt als durch Zarenbesuche. Die 100000 Mk., welche die Stadt Breslau für Empfangsflitterkram verpulvert, hätten für wichtigere Zwecke — bessere Bezahlung städtischer Arbeiter und dergleichen — ausgegeben werden können.

Deutsches Reich.

Berlin, 6. Septbr. Da die Edelsten und Besten der Nation sich für den Chef des Militärkabinetts, den General v. Hahnke, so warm interessieren, wird es nicht uninteressant sein, etwas über seinen Stammbaum hier mitzuteilen:

Wunderbar ist es, daß das so wichtig thuende Junkertum für so wichtige Aemter, wie das Militärkabinett doch eins ist, immer Anleihen bei der Notüre machen muß; der urechte Großvater des jetzigen Chefs des 12. Grenadier-Regiments in Frankfurt a./O. war Mitglied der Notüre, und zwar als wohlbeleibter Pfefferkuchen-Fabrikant in Thorn, der Herr Vater erst Geselle in diesem Geschäft, dann in den Freiheitskriegen Soldat und endlich Leutnant, der in dem späteren friedlichen Beruf als Erzieher im Kadettenhause zu Berlin als Major die Grundlage zu dem v. Hahnkeschen Adelsdiplom legte, und zwar dadurch, weil er ein adeliges Fräulein „v. Müller", unter die Haube zu bringen vermochte.

Man sagt, der nunmehrige von Hahnke sei ein krasser Repräsentant der Adelssippe und habe den Mehlstaub, womit sein Ahne in Thorn die wundersamsten Gebilde von Menschen zu Pferde und zu Fuß in Pfefferkuchen zu konstruieren vermochte, ganz von seinen Füßen geschüttelt.

Hannover, 5. Sept. Von prinzipieller Wichtigkeit für die Presse ist eine am Freitag vom Landgericht Hannover gefällte Entscheidung. Der Redakteur unseres dortigen Parteiorgans „Volkswille", Thielhorn, war der Majestätsbeleidigung deshalb angeklagt, weil er im Referat über einen Majestätsbeleidigungsprozeß den objektiven Thatbestand selbst wieder angegeben hatte. Es erfolgte die Freisprechung des Angeklagten. Hoffentlich ist unser Parteiorgan bald in der Lage, den Wortlaut des wichtigen Urteils mitteilen zu können.

Gotha, 5. September. Zur Landtagswahlbewegung im Herzogtum Koburg-Gotha wird dem „Vorwärts" geschrieben: Wir sind hier in der lebhaftesten Landtagswahlbewegung, ja in der Wahl selber. Denn die Wahl der Wahlmänner hat bereits angefangen und wird den ganzen Monat September hindurch dauern. Dann werden die Wahlmänner zusammenberufen und die Wahl der Abgeordneten erfolgt. Das Verfahren ist außerordentlich verwickelt, und man würde einen langen Artikel zu schreiben haben, um es den Uneingeweihten einigermaßen verständlich zu machen. Indeß, für die nicht unmittelbar Beteiligten hätte dies wenig oder kein Interesse, und so sei blos mitgeteilt, daß die Wahlen indirekt sind, und daß jeder, der Staatssteuern zahlt und einen Hausstand hat, das Wahlrecht besitzt. Die ganze Kammer des Herzogtums Koburg-Gotha — 19 Vertreter für Gotha, 11 für Koburg, also zusammen 30 Abgeordnete, sind zu wählen. Unsere Genossen entfalten eine außerordentliche Thätigkeit; jeden Tag finden Versammlungen statt, und die Stimmung der Wählerschaft, namentlich auf dem Lande, ist eine sehr günstige. Genosse Bock hat in dem Landtage so tüchtig gearbeitet und die Interessen des „armen Mannes" so wirksam vertreten, daß er in den weitesten Volkskreisen, besonders auch in der Bauernbevölkerung, einer Popularität genießt, wie kein Zweiter im Lande.

Unsere Genossen rechnen mit Bestimmtheit auf mindestens drei Mandate — bisher hatten wir blos eins —; und sie sind der Ueberzeugung, daß wir, wären mehr agitatorische Kräfte zur Verfügung, doppelt und dreimal so viel erringen könnten. Die Gegner enthalten sich noch fast aller öffentlichen Agitation, insgeheim aber arbeiten sie in der bekannten Weise.

Zum Schluß sei das Programm angefügt, welches die sozialdemokratische Partei für die Landtagswahlen aufgestellt und für das die Wahlflugblätter eintreten:

Wir verlangen für die nächste Zukunft das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auch für den Landtag. Eine Revision der Gemeindeordnung mit Gleichberechtigung aller Nachbarn, mit der Abfindung der Inhaber von Nutzungen.

Abschaffung des Bürger- und Nachbargeldes.

Uebernahme der Armenlasten auf den Staat.

Einführung der allgemeinen Volksschule, an der die Kinder der Reichen und Armen teilzunehmen haben und Erleichterung der Fortbildung fähiger armer Kinder an den höheren Lehranstalten.

Unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel an alle Schüler der Volksschule. Diese Einrichtung hat sich schon an vielen Orten bewährt.

Gründliche Regelung des Steuerwesens, progressive Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Aufhebung der Schlacht- und anderer indirekten Steuern.

Uebernahme der Quartierlasten auf den Staat.

Uebernahme der Brand-, Hagel-, Vieh- und Mobiliarversicherung auf den Staat, deren Verwaltung ohne Gewinn zu führen ist. Anstellung eines eigenen Fabrikinspektors für Koburg-Gotha. Neuregelung der Bauordnung und Fleischbeschaugebühren. Anstellung von Schulärzten.

München. Vom Industriestaate. Bei der Berufszählung der Landwirtschaft hat sich in Bayern ergeben, daß von 1882 bis 1895 die Zahl der landwirtschaftlich Erwerbsthätigen um 10,7 Prozent zurückgegangen ist, während die Zahl der Erwerbsthätigen in der Industrie um 30,2 Prozent und in Handel und Verkehr sogar um 44,8 Prozent wuchs.

Saarbrücken. Vom König Stumm. Die bekannte Wochenschrift: Die christliche Welt veröffentlicht eine Artikelreihe: Freiherr von Stumm und die evangelischen Geistlichen an der Saar. In dem letzten dieser Artikel werden knapp und klar die Ursachen dargelegt, die zu dem energischen Vorgehen der evangelischen Geistlichkeit des Saarreviers gegen Stumm geführt haben.

Als ein bedeutsames Moment tritt die Sorge für die kirchliche Autorität hervor. Da heißt es nach Aufzählung all der Unbilden, die die Pastoren durch die Stummelinge erduldet:

„Sollten die Geistlichen das alles ruhig hinnehmen? Dann würde es im Saargebiet heißen: Seht da, auch die Geistlichen sind jetzt in Unterwürfigkeit gebracht. Rüttelt nur an eueren Ketten, dieser Mann ist euch zu stark." Die Ultramontanen hoffen immer noch, daß es zuletzt doch noch so kommen werde. Die katholische Kirche wird dann noch leuchtender dastehen als die alleinige Hüterin von Freiheit und Recht. Schon jetzt ist ihre Stellung an der einstmals protestantischen Saar so stark, daß vielleicht die nächsten Reichstagswahlen bereits zu Gunsten des Zentrums ausfallen. Man wird sich dafür bei Herrn von Stumm zu bedanken haben. Aber das konfessionelle Moment, das überall in Rheinland eine im Osten kaum begreifliche Rolle spielt, außer Acht gelassen: dürfen die Geistlichen die schweren Beschuldigungen auf sich sitzen lassen? Zwar der Behörde könnte man intime Aufklärung geben. Aber die Geistlichen haben den Beweis dafür in den Händen, daß man sie an höheren Stellen nichtkirchlicher Art für politische Frondeure hält; die Stummsche Presse hat in der Beziehung ihre Schuldigkeit gethan. Fragend schauen die Kollegen von ganz Deutschland auf die Kollegen an der Saar. Da beschließen die Geistlichen, in einer Broschüre das Material über den Streit der großen Oeffentlichkeit zu übergeben. Verdenke es ihnen, wer will. Das Verhalten Stumms und seiner Presse zwang sie zu diesem Vorgehen. Und die ganze Zurückhaltung, welche die Geistlichen bei Veröffentlichung dieser Urkundensammlung geübt haben, würde man erst dann zu würdigen in der Lage sein, wenn sie, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, einen letzten vollgültigen Beweis für die Notwendigkeit ihres Schrittes erbringen müßten — durch Publikation des Materials, das vorerst noch in ihren Mappen ruht."

Man bedenke, daß diese selben Geistlichen die eifrigsten Parteigänger der freikonservativ-nationalliberalen Richtung gewesen sind, daß sie bei den Wahlen für die Stummkandidaten ihren Einfluß aufgeboten haben.

Freiherr von Stumm hat dem königlichen Konsistorium eine Beschwerdeschrift gegen die Geistlichen, worin er ihnen achtzehn Unwahrheiten vorwirft, überreicht. „Es ist," so heißt es in der Christlichen Welt, „Hundert gegen Eins zu wetten, daß dann Freiherr von Stumm in seiner Schrift mindestens achtzehnmal „unwahr" ist. Und weil dem so ist, weil die Broschüre der Geistlichen in allen Punkten unwiderlegbar ist, so ist auch schon eine Ansicht ausgesprochen worden, der wir hier — diesmal Stumm verteidigend — durchaus widersprechen müssen. Man hat gemeint: vor den Gerichten könne Stumm mit seinen Beschwerden gegen die Geistlichen nicht bestehen, ebenso wenig vor der Oeffentlichkeit, da es den Geistlichen ein Leichtes sei, ihn öffentlich der Unwahrheit zu überführen. Darum habe sich Stumm an eine königliche Behörde gewandt, in der Erwartung, daß diese ihm einen Gefallen erzeigen werde, den ihm Gericht und Oeffentlichkeit schlechterdings nicht erzeigen könnten. Um eine solche Meinung zu verstehen, muß man sich erinnern, daß im Saargebiet die Meinung herrscht, königliche Behörden zeigten sich dem Freiherrn von Stumm bis zur Abhängigkeit willfährig. Sicher ist, daß im Saarrevier Beamte, ganz gleich, welcher Kategorie sie angehören, annehmen, sie würden Schwierigkeiten mit ihrer Behörde haben, falls sie mit Stumm in Konflikt gerieten. Woher dieser Glaube? Vestigia terrent, die Spuren schrecken. Die Saarbevölkerung hat des öfteren Gewaltakte anschauen müssen, bei der auch Behörden nicht unbeteiligt waren. Und die Saarbevölkerung wird die Frage nicht los, weshalb doch ein Landrat oder dieser und jener Beamte aus dem Kreise verschwinden muß, wenn er als Gegner des Privatmanns Stumm bekannt wird. So kommt man zu der Ansicht, eine königliche Behörde werde um so ehegeneigt sein, Stumm mit möglichst freundlichen Augen anzusehen, als der König sich offen auf Stumms Seite gestellt habe, und traut Herrn von Stumm zu, daß er selber in dieser Richtung bestimmte Erwartungen hegt."

Aus dem Auslande.

Amerika. Indianopolis, 2. Sept. Der demokratische Nationalkonvent der Golddemokraten, der sich gegen die Bryansche Agitation für freie Silberprägung richtet, wurde heute eröffnet; 324 Delegierte waren anwesend; nur 4 Staaten sind nicht vertreten. Unter den Delegierten sind zahlreiche Geschäftsleute, aber wenig Politiker. Der Ex-Gouverneur von Newyork, Flower, verurteilte in der Eröffnungsrede Bryans Taktik. Clevelands Name wurde mit lautem Beifalle begrüßt. — Nach den letzten Nachrichten hat Cleveland definitiv die Kandidatur zur Präsidentschaft abgelehnt.

Großes Aufsehen hat in den letzten Tagen die von dem

Chicago Chronicle, der Chicago Evening Post und dem Senator Thurston aufgestellte Behauptung hervorgerufen, daß auch der gegenwärtige Präsidentschaftskandidat der vereinigten demokratischen, populistischen und bimetallistischen Parteien, William J. Bryan, seit mehreren Jahren der bezahlte Angestellte der Silberbergwerksbesitzer sei. Er habe im Solde der bimetallistischen Liga gestanden und drei Jahre hindurch einen Jahresgehalt von 6000 Dollar bezogen, der ihm in monatlichen Anweisungen auf eine Bank in Lincoln in Nebraska ausbezahlt worden sei. Andere sichtbare Mittel zur Deckung seines Unterhaltes habe Bryan seit seiner Rückkehr aus dem Kongreß nicht besessen. Die Silberbarone der Union haben wohl auch in Europa solche Agenten!

Parteinachrichten.

Aus Gotha wird dem „Vorwärts" geschrieben: Der diesjährige Parteitag wird bekanntlich nicht in der Stadt Gotha abgehalten, sondern in dem Dorf Siebleben bei Gotha. Da dieser Umstand zu der Befürchtung Anlaß gegeben hat, die Delegierten, welche mit wenig Ausnahmen, in der Stadt Gotha wohnen müssen, würden sehr große Entfernungen von und nach dem Kongreßlokal zurückzulegen haben, was namentlich bei schlechtem Wetter nicht angenehm wäre, so werden folgende Mitteilungen am Platze sein. Das sehr schön gelegene Dorf Siebleben — wo Gustav Freytag seinen Wohnsitz hatte — ist von Gotha höchstens eine Viertelstunde entfernt und dürfte in 2 bis 3 Jahren mit der Stadt ganz zusammengewachsen sein. Von der Mitte der Stadt, das heißt, von der Gegend, in welcher die meisten Delegierten wohnen werden, ist es bei mäßigem Schritt 35 — fünfunddreißig — Minuten, bei rascherer Gangart entsprechend weniger. Von der Mitte der Stadt Berlin, sagen wir Dönhoffsplatz, ist es beträchtlich weiter zu den Konkordia-Sälen, wo 1892 der Parteitag stattfand. Und die Kongreßlokale von Breslau und Frankfurt waren dem Mittelpunkte der Stadt sicherlich nicht näher.

Ein Nachteil ist, daß keine Omnibus- oder Pferdebahn-Verbindung zwischen Gotha und Siebleben besteht, aber das Gothaer Lokalkomitee wird diesem Mangel durch Beschaffung von Omnibussen 2c. abhelfen, die zu Beginn und Ende der Sitzungen von und nach Siebleben fahren. Der Weg zwischen Gotha und Siebleben ist, wo das Straßenpflaster aufhört, eine vortreffliche Landstraße. Die Aussicht auf die weite wellige Hochebene, mit dem großen Seeberg zur Seite, ist prachtvoll, und bei gutem Wetter wird jeder die Straße weit lieber zu Fuß durchwandern, als ein Fuhrwerk benutzen. Das Dorf Siebleben selbst ist sehr hübsch und sauber — es enthält auch eine sozialdemokratische Mitgliedschaft — und die freundlichen Lokalitäten der Restauration „Zu den vier Jahreszeiten", die den Parteitag beherbergen werden, sind für den Zweck nach jeder Richtung hin vollkommen ausreichend. Der quadratförmige Saal bietet reichlich Platz für die höchste zu erwartende Teilnehmerzahl, sowie für die Zeitungsberichterstatter, während die Zuschauer auf die Galerien zu gehen haben. Für die Kongreßdruckerei ist auch ein passender Raum vorhanden.

Der Besitzer der „Vier Jahreszeiten" hat das feste Versprechen gegeben, Speisen und Getränke, auch Mittagstisch, gut und billig zu liefern.

So haben wir denn allen Grund zu der Annahme, daß, soweit die Oertlichkeiten und die äußeren Existenzbedingungen des Parteitages in Frage kommen, alles zur Zufriedenheit der Delegierten ausfallen wird.

— **Die geistigen Waffen unserer Gegner.** Der „Vorwärts" schreibt: Ein untrügliches Merkmal der für Ordnung, Religion und Sitte kämpfenden Presse besteht bekanntlich darin, daß es ihr absolut unmöglich ist, sich vorzustellen, daß jemand eine Sache um ihrer selbst willen führen kann. Bei einem modernen Ordnungshelden ist Patriotismus, göttliche Weltordnung und wie diese schönen Dinge sonst heißen, ein Geschäft, für das man eintritt, weil darin Geld zu verdienen ist, wenn auch in manchen Fällen nur auf die unsauberste Weise, und das man zu allen Teufeln gehen läßt, sobald sich untrüglich herausstellt, daß die Chose nicht mehr zieht. Sobald aber jemand Lump geworden ist, nistet sich, anfangs zur Gewissensbetäubung und später sozusagen als Selbstzweck, die Anschauung bei ihm ein, daß alle Menschen seinesgleichen wären und auch nie anders als lumpenhaft handeln könnten. Ein drastisches Beispiel dafür bietet sich in einer Notiz, die gegenwärtig durch die gesamte gutgesinnte Presse geht. Sie ist jüngst in Breslau abgeladen worden. Von natürlich „gut unterrichteter Seite" ging dem dortigen „General-Anzeiger" aus Berlin ein „sensationeller" Artikel zu, der seines Wesens schauerromantische Wesenheit schon durch die breitspurige Ueberschrift „Cherchez la femme (Sucht die Frau) oder die Palastrevolution im „Vorwärts"" deutlich ankündigte. Der Kern der Pikanterie sieht folgendermaßen aus:

„Cherchez la femme — klingt auch hier wieder in einem pikanten Geschichtchen aus dem Trubel des Kampfes hervor. Der vor nicht langer Zeit in Berlin verstorbene Professor v. Gizycki, der frühere Herausgeber der „Ethischen Kultur", stand der Sozialdemokratie sehr nahe, noch mehr aber sympathisierte seine temperamentvolle junge Frau, Lily v. Gizycki, die vielgenannte Vorkämpferin für die Ideale der Frauenemanzipation, mit sozialdemokratischen Bestrebungen. Die Dame besuchte nun bald nach dem Tode ihres Gatten Frau Liebknecht und erklärte ihr, daß sie sich nun ganz auf den Boden der sozialdemokratischen Partei zu stellen beabsichtige. Ferner bat sie Frau Liebknecht, diese möge ihr einen Lehrer empfehlen, der sie in die Nationalökonomie und in die sozialdemokratischen Lehren einführen könnte. Und Frau Liebknecht bezeichnete der jungen Dame als die geeignetste Persönlichkeit den Redakteur des „Vorwärts", Dr. Adolf Braun, der jetzt an der Spitze der „Palastrevolution" steht. Doch schien der Unterricht in volkswirtschaftlichen Dingen, den Dr. Braun der schönen und leidenschaftlichen Frau v. Gizycki gab, die Nebenrolle zu spielen; denn man hörte bald von einer Heirat zwischen Lehrer und Schülerin. Frau v. Gizycki, geborene Kretzschmann, die Tochter eines preußischen Generals, wurde die dritte Frau des „Genossen" Dr. Braun, der, ein Apostel der „freien Liebe", sich von seiner zweiten Gattin hatte scheiden lassen. Diese Verehelichung hat nicht wenig dazu beigetragen, Dr. Adolf Braun einen starken Rückhalt in der Partei zu verschaffen, als für die Sozialdemokratie der Uebertritt der begabtesten Streiterin für die Frauenrechte, der Frau v. Gizycki, zu ihrer Fahne einen großen Gewinn bedeutete. Dr. Braun ist durch seine Verehelichung mit einer preußischen Generalstochter der Kamm mächtig geschwollen, um ihn scharen sich die so viel geschmähten Akademiker der Partei, und die Herren können ihren ehrgeizigen Gelüsten um so mehr die Zügel schießen lassen, als hinter ihnen die Genossen Singer und Bamberger, die Mitbesitzer des „Vorwärts", stecken."

Wie wohlunterrichtet das arme Geschöpf ist, das an einem ihm besonders gesegneten Tage es verstanden hat, den Breslauer „General-Anzeiger" um einige Mark Zeilenhonorar zu prellen, das möge daraus hervorgehen, daß an dem ganzen Gefasel kein wahres Wort ist. Unserm Kollegen Dr. Adolf Braun ist es sein Lebtag nicht eingefallen, sich mit Scheidungsgedanken, geschweige denn gar unter Beihilfe seiner dritten Frau mit Intriguen zu tragen. Er hat nur einmal geheiratet und lebt mit seiner Familie im glücklichsten Einvernehmen. Der Preßkuli hat aber nun einmal den vermaledeiten Auftrag erhalten, „pikant" zu schreiben, und da kommt es auf solche Kleinigkeiten nicht an. Er hat sein Zeilenhonorar weg, und die Ordnungspresse hat auch, was sie so notwendig braucht, nämlich eine pikante, die Sozialdemokratie herunterreißende Notiz. Daß die Dummheit und die unsaubere Gesinnung ihr aus allen Löchern hervorlugen, hat um des löblichen Zweckes willen nichts zu bedeuten. Wir glaubten auch das elende Geschmiere ignorieren zu können, da aber selbst sonst anständige Blätter von demselben Notiz nahmen, so sehen wir uns doch veranlaßt zu wiederholen, was eines unserer Parteiorgane gleich von Anfang aussprach: die ganze Notiz ist von Anfang bis Ende erstunken und erlogen.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 7. September.

— **Die „Westfälische Zeitung Bielefelder Tageblatt"** hat sich über uns geärgert. Was wir eigentlich verbrochen haben, ist uns noch nicht recht klar geworden, hören wir sie einmal selbst:

> Einer sonderbaren Quellenbezeichnung beim Abdruck von Mitteilungen aus unserer Zeitung bedient sich die hiesige „Volkswacht". Bringt das Blatt etwas, das ihm, wie man so zu sagen pflegt, nicht recht in den Kram paßt, dann wird das „Tageblatt" als Quelle angegeben, während andere Notizen, die dem Blatte keinen Anlaß zur Reibung an uns geben, mit „W. Z." unterzeichnet sind. Es wäre uns ganz interessant, zu erfahren, aus welchem Grunde solch' eine doppelte Quellenangabe geschieht. Sollen etwa die Leser der „Volkswacht" nicht merken, was alles das Blatt dem unsrigen entnimmt?

Wir bekennen uns schuldig, aber wir verlangen Zubilligung mildernder Umstände; wir haben uns dabei nichts gedacht — welcher vernünftige Mensch, wenn er die „Westfälische Zeitung Bielefelder Tageblatt" liest oder zitiert, kann sich überhaupt etwas dabei denken? Wir würden der alten Dame ja auch nun ganz gern den Gefallen thun, — aber immer „Westfälische Zeitung Bielefelder Tageblatt" zu schreiben, dazu ist uns unser Papier zu schade. Dies ist zuweilen auch bei der „Neuen Westfälischen Volks-Zeitung" der Fall, und wir schreiben dann kurz das „Muckerblatt", ein Titel, gegen welche dieselbe auch nichts einzuwenden hat, weil sie unfehlbar darunter erkannt wird. So könnten wir vielleicht auch für die „Westfälische Zeitung Bielefelder Tageblatt" eine kurze, treffende Bezeichnung wählen. Wie wär's z. B., wenn wir schrieben: das „Klatschblatt"; niemand würde sicherlich im Zweifel sein, daß damit nur die „Westfälische Zeitung Bielefelder Tageblatt" gemeint sein kann.

Wir entnehmen übrigens diesem Klatschblatt fast nur den Bielefelder Polizeibericht, welcher seitens der Polizei nur den drei bürgerlichen Blättern, uns aber nicht, zugestellt wird. Ein starkes Stück ist es jedoch, daß ein Blatt, welches uns ohne Quellenangabe abdruckt, es wagt, uns wegen unserer Quellenbezeichnung anzurempeln.

— **Krankenstatistik.** Am 1. August d. J. war in dem hiesigen städtischen Krankenhause ein Bestand von 65 Kranken. Im Laufe des Monats fanden 78 Kranke Aufnahme, 84 wurden als geheilt und 2 aus anderen Gründen entlassen, 2 starben und zwar 1 an Blutvergiftung und 1 an chronischer Nierenentzündung. Bestand am 31. August 55 Kranke. — Im Franziskaner-Hospital war am 1. August d. J. ein Bestand von 58 Kranken. Der Zugang betrug im Laufe des Monats 32, 32 wurden geheilt entlassen und 2 starben und zwar 1 an Schwindsucht und 1 an Altersschwäche. Bestand am 31. August 56 Kranke.

Detmold, 4. September. Ein Knecht des Ziegelmeisters Deppe aus Klüt mußte vorgestern eine Fuhre Steine in der Stadt abliefern, als er an der Jerxerheide unter den Wagen kam. Es wurde ihm der eine Fuß von dem schwer beladenen Wagen fast ganz abgefahren. Der Verunglückte wurde in das Landkrankenhaus übergeführt.

Burgsteinfurt, 3. September. Diesen Nachmittag gegen 4 Uhr geriet in der hiesigen Spinnerei die Tochter des Maurermeisters H., welche mit dem Putzen einer Maschine beschäftigt war, mit dem rechten Arm so unglücklich in das Getriebe, daß der Arm vollständig zerquetscht wurde. Der Vorfall ist um so mehr zu bedauern, als vor kurzem die Mutter des Mädchens gestorben ist und letzteres dem Vater half, die aus 9 Köpfen bestehende Familie durchzubringen.

(M. A.)

Schwelm, 2. September. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern in der Rüggebergschen Fabrik. Beim Auflegen eines Riemens geriet ein 17jähriger Arbeiter zwischen Riemen und Scheibe und wurde dadurch so heftig fortgeschleudert, daß er beide Beine brach und noch sonstige schwere Verletzungen davontrug. Ein Bein ist ihm bereits abgenommen worden und steht zu befürchten, daß der Unglückliche überhaupt nicht mit dem Leben davon kommt.

Neuß, 2. September. Zwei Unfälle ereigneten sich auf der Eisenbahn, und in jedem Falle erlitt der Verunglückte einen Schädelbruch. Der erste war in einen verkehrten Zug eingestiegen und wollte wieder herausspringen, als der Zug sich schon in Bewegung befand. Er liegt besinnungslos darnieder, weshalb seine Identität bis jetzt noch nicht festgestellt werden konnte. Der zweite wurde neben dem Geleise aufgefunden, kurz nachdem ein Güterzug die Strecke passiert hatte. Auch er liegt lebensgefährlich darnieder.

Aufruf
an die Parteigenossen des Wahlkreises Minden-Lübbecke.

Die laut Punkt 10 der Resolution alljährlich stattzufindende Parteikonferenz findet am Sonntag, den 13. September, nachmittags 1 Uhr in Minden im Lokale des Herrn Thiele, Ritterstr. 2, statt.

Tagesordnung:

1. Abrechnung des Vertrauensmannes.
2. Agitation und Organisation.
3. Bericht über den internationalen Kongreß in London durch Genossen Schumann-Bielefeld.
4. Stellungnahme zum Parteitag in Gotha.
5. Stellungnahme zum Parteitag für das östliche Westfalen.
6. Aufstellung eines Kandidaten für die nächste Reichstagswahl.
7. Verschiedenes.

Parteigenossen! In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Konferenz ist es unbedingt notwendig, daß jeder Ort, wo Parteigenossen sind, auf der Konferenz vertreten ist.

Minden, den 30. August 1896.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Vertrauensmann: M. Schulze, Deichhofstraße 18.

Gerichtliches.

** **Bielefeld,** 5. Sept. Strafkammer. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Löher. Vertreter der Staatsanwaltschaft: Assessor der Staatsanwaltschaft Helling. — Der Kaufmann Arnold Krömer aus Minden, welcher z. Z. wegen Unterschlagung eine einjährige Zuchthausstrafe zu verbüßen hat, wurde wegen Betruges in 8 Fällen zu einer Zusatzstrafe von 9 Monaten Gefängnis verurteilt. — Die Berufung des Maurers August Rauroschat von hier gegen ein Urteil des hiesigen Schöffengerichts wird ohne weiteres verworfen, weil der Angeklagte zum Termine nicht erschienen ist. — Die Witwe Johanne Oberschelp zu Bielefeld, geb. zu Gellershagen, im ganzen fünfzehnmal vorbestraft, darunter fünfmal wegen Diebstahls, räumt ein, zu Gadderbaum im Juli d. Js. der Wwe. Bieder ein Paar Plüschschuhe gestohlen zu haben. Sie erhält wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle 6 Monate Gefängnis. Nach dem Antrage des Staatsanwalts und Abtreten des Gerichtshofes brach die Angeklagte, zum Publikum gewendet, in fast helles Lachen aus. Diese Ungebühr ahndete der Gerichtshof mit einer Haftstrafe von 24 Stunden. — Zwei andere Sachen werden vertagt.

Hörde. Unangenehme Mitteilungen mußte die letzte Stadtverordnetensitzung entgegennehmen. Der Vorsitzende teilte eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts mit, wonach die Stadt dem Professor Dr. Scheibler 28 000 Mk. zu viel erhobener Steuern zurückzahlen muß. Dr. Scheibler hatte zunächst die Stadt wegen zu hoher Kommunalbesteuerung beim Bezirksausschuß verklagt und ein obsiegendes Urteil erstritten. Der Magistrat führte die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts herbei, welches nun die für die Steuerzahler von Hörde unerfreuliche Entscheidung fällte. Weiter muß die Stadt dem Kaufmann Schlutius etwa 10 000 Mk. zu viel erhobener Steuern zurückzahlen. Ferner schwebt noch eine Streitsache mit dem Hörder Verein, der auf Zurückzahlung von 55 000 M. zu viel erhobener Steuern klagte. Auch in dieser Sache wird die Entscheidung zu Ungunsten der Stadt ausfallen, diese Ansicht war im Stadtverordnetenkollegium vorherrschend. Danach wird die Stadt in Summa etwa 89 000 Mark zu viel erhobener Steuern zurückzahlen müssen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Bäckergesellen Berlins waren Mittwoch Nachmittag von der Bäckerinnung „Germania" nach den „Germania-Festsälen" zu einer Versammlung eingeladen worden. Es sollte verhandelt werden über: 1. Die Notwendigkeit ärztlicher Untersuchung in Arbeit gehender Gesellen; 2. Der Maximalarbeitstag. Es waren etwa 2000 Gesellen und Meister erschienen, denen Herr Obermeister Bernard den Zweck der Versammlung auseinandersetzte. Infolge der Rede Bebels am 28. Januar d. J. im Reichstage, so führte Herr Bernard aus, sei die öffentliche Meinung aufgereizt worden, als ob die Bäcker durchweg von Krankheiten aller Art behaftete Menschen seien, was bereits ein Einschreiten der Polizei in dem Sinne herbeiführte, daß eine zwangsweise Untersuchung in einigen Städten angeordnet wurde. Gegen dieses dem gesamten Bäckereigewerbe unwürdige Verfahren müsse vorgegangen und die öffentliche Meinung aufgeklärt werden, daß diese Angaben Bebels übertrieben sind. Der ganze Stand habe sich dagegen zu verwahren. Deshalb habe die Bäckerinnung der Polizei zuvorzukommen versucht, und schlage vor, die ärztliche Untersuchung vom 1. Oktober d. J. an einzuführen. Für die Sache selbst seien keine Beweise erbracht, die Zahlen der Krankenkassen seien falsch. In diesem Sinne unterbreitete Redner der Versammlung eine längere Resolution zur Annahme, in welcher gegen die Behauptungen Bebels im Reichstage und die Verordnungen des Bundesrats und der Polizei protestiert wird. Als Redner nun ohne weiteres zur Abstimmung schreitet, erheben sich etwa 20 Hände dafür, aber gleichzeitig stürmische Rufe um Diskussion, welchem Verlangen auch nunmehr Herr Bernard Folge gab. Als Redner der Bäckergesellen traten, nachdem vorher noch Bäckermeister Rau eine lange Rede gegen den Maximal-Arbeitstag unter großer Heiterkeit der Versammlung vom Stapel gelassen, der Altgeselle Klammeck, ferner Schulz, Schneider, Höpfner, Fischer, Junker und Schlüter auf, um die Angaben Bebels zu bestätigen. Was Bebel im Reichstage ausgeführt, sei auf Veranlassung der geplagten Gesellen geschehen und entspreche nicht nur den Thatsachen, sondern lasse die Wirklichkeit oft noch weit hinter sich. Die Reinigungsverhältnisse seien in einzelnen Bäckereien geradezu skandalös. Es sei erklärlich, daß Krankheiten weiter verbreitet werden müssen, wenn ein Kübel Wasser für 7—10 zum Waschen vorhanden und gleichzeitig die Hufe der Pferde und anderes — mit demselben Wasser gereinigt würden. Oft bleibe die Bettwäsche ein halbes oder ein ganzes Jahr lang für zwei Mann in einem Bett ungewechselt; dasselbe sei mit den Handtüchern der Fall, an denen sich mehrere Personen Gesicht und Gliedmaßen abtrocknen

müssen. Die Meister tragen selber die Schuld, daß die Polizei ihnen nun auf die Finger sieht, an ihnen lag es, sich den Wünschen der Gesellen anzuschließen, um die Maßnahmen zu verhindern. Jetzt dürfen sich die Herren nicht wundern, daß die Bäckergesellen sich an Bebel und das Reichs-Gesundheitsamt wandten und Sozialdemokraten geworden sind! (Stürmischer Beifall.) Wenn die Lehrlinge 17 Stunden wie Gesellen arbeiten müssen, dann sei es kein Wunder, wenn die Bäcker „verlumpte und verkommene Menschen" werden, unfähig für höhere Kulturbestrebungen. Wenn der Maximal-Arbeitstag nach der Ansicht des Herrn Rau eine „sozialdemokratische Machination" sei, dann sei eben die Regierung und der Bundesrat schon „sozialdemokratisch" geworden. (Lebhafter Beifall.) Seien doch sogar in einer Hofbäckerei die von Bebel geschilderten Uebelstände vorgekommen! Gerade die Gesellen halten es für ihre Pflicht, das Publikum bezw. die öffentliche Meinung aufzuklären über die unwürdigen Zustände in den Bäckereien. Zu diesem Zweck unterbreitete Schneider der Versammlung zur Annahme nachstehende Resolution:

„Die heute am 3. September in den Germaniasälen tagende Meister- und Gesellenversammlung weist das Ansinnen des Innungsvorstandes: die in Arbeit tretenden Gesellen zu verpflichten, sich einer ärztlichen Kontrolle zu unterziehen, als eine Schmach für die Gesellen entschieden zurück. Die Versammlung erklärt, daß die vom Reichstags-Abgeordneten Bebel gerügten Mißstände dadurch in keiner Weise abgestellt, sondern nur das Publikum durch diese Maßnahme über die wahren Thatsachen hinweggetäuscht werden soll. Die Versammlung erklärt es vielmehr für Pflicht der Innungen, im Interesse der Reinlichkeit in den Bäckereien unverzüglich Reformen einzuleiten, welche geeignet sind, die Gesellen einem menschenwürdigen Dasein näher zu führen, vor allen Dingen Verkürzung der Arbeitszeit und Abschaffung des Kost- und Logiswesens beim Meister."

Da alle Ausführungen der Gesellen mit großem und oft stürmischem Beifall aufgenommen wurden, erklärte Herr Obermeister Bernard, daß er nicht länger mehr verweilen könne; die Gesellen mögen ihre Resolutionen in ihren eigenen Versammlungen zur Abstimmung bringen. Klammeck aber nahm, nachdem sich die stürmische Entrüstung über dieses Gebahren wieder gelegt, sofort die Abstimmung vor, worauf die Resolution einstimmig unter stürmischem Beifall angenommen und nun seitens der Gesellen die Versammlung mit stürmischen Hochrufen auf die Sozialdemokratie und Bebel geschlossen wurde. Eine Resolution, die sich zu Gunsten des Maximal-Arbeitstages aussprach, blieb unerledigt.

Nach der „Volks-Zeitung" wäre dieselbe auch noch angenommen worden. Sie lautete:

„Die heute am 3. September in den Germania-Sälen tagende, von ca. 2000 Personen besuchte kombinierte Meister- und Gesellenversammlung protestiert energisch gegen die Forderung des Breslauer Meister-Verbandstages: den Maximalarbeitstag außer Kraft zu setzen. Die Versammlung erklärt, daß auf genanntem Verbandstage die Regierungsvertreter in der unverantwortlichsten und verwerflichsten Art getäuscht worden sind, sie hat die vollste Gewißheit, daß überall da, wo nur einigermaßen guter Wille des Unternehmers vorhanden ist, der Maximalarbeitstag prompt durchgeführt wird, und hegt die Erwartung, daß die hohe Reichsregierung den volksfeindlichen Breslauer Beschlüssen nicht nachkommen wird.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Gewerkschafts-Kartell.

Montag Abend 8½ Uhr:

Sitzung

beim Wirt **Kahl** am Kesselbrink.

2184] **Der Vorstand.**

Bekanntmachung.

Die Polizei-Beamten haben Auftrag, eine Revision der Meldezettel des Einwohner-Meldeamts in der Weise vorzunehmen, daß sie von Haus zu Haus gehen und behufs Vergleichung mit den Meldezetteln Namen und Stand oder Erwerb der in den einzelnen Häusern wohnenden Personen feststellen. Die Ausfüllung eines Personenstandaufnahme-Formulars ist nicht erforderlich.

Die Bürgerschaft wird im eigenen Interesse ersucht, den Polizei-Beamten die erforderlichen Angaben bereitwilligst und gewissenhaft zu machen und die Beamten in ihrer Arbeit nach Kräften zu unterstützen. Hierbei wird bemerkt, daß die Verweigerung der erforderten Auskunft oder die unvollständige oder unrichtige Erteilung derselben im § 68 des Gesetzes vom 24. Juni 1891 mit Geldstrafe bis zu 300 Mark bedroht ist.

Die noch rückständigen An-, Ab- und Ummeldungen wolle man zur Vermeidung der Bestrafung schleunigst bewirken. Das Meldeamt ist angewiesen, für die Folge alle Uebertretungen der Regierungs-Polizei-Verordnung über das Meldewesen vom 31. Mai 1894 ausnahmslos zur Anzeige zu bringen. — Die bezüglichen Bestimmungen dieser Verordnung lauten wie folgt:

§ 1. Wer seinen Wohnsitz in den Bezirk einer anderen Ortspolizeibehörde verlegen will, ist verpflichtet, sich vor seinem Abzuge unter Vorlegung seiner Staats- und Kommunal-Steuerzettel bei der Polizei-Verwaltung des Abzugsortes persönlich oder schriftlich abzumelden. Ueber die Abmeldung wird eine Abmeldebescheinigung erteilt.

§ 2. Wer in einem Orte seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt nimmt, ist, wenn er aus dem Bezirke einer anderen Ortspolizeibehörde zugezogen ist, verpflichtet, sich bis zum Ablaufe des dritten Tages nach dem Beginne des Aufenthalts bei der Ortspolizeibehörde unter Vorlegung der Abmeldebescheinigung aus seinem früheren Wohnorte persönlich oder schriftlich anzumelden und auf Erfordern über die zu seinem Haushalte gehörigen Personen, sowie über seine persönlichen, Steuer- und Militär-Verhältnisse wahrheitsmäßige Auskunft zu geben. Ueber die Anmeldung wird ihm ein Anmeldeschein erteilt.

§ 3. Wer innerhalb des Bezirks derselben Ortspolizeibehörde seine Wohnung wechselt, ist verpflichtet, dies bis zum Ablaufe des dritten Tages nach dem Beginne des Umzuges der Polizeiverwaltung persönlich oder schriftlich anzuzeigen. Ueber die Meldung wird ihm eine Bescheinigung erteilt.

§ 4. Zu den in den §§ 1, 2 und 3 vorgeschriebenen Meldungen sind auch diejenigen, welche die abziehenden, anziehenden oder umziehenden Personen als Mieter, Dienstboten oder in sonstiger Weise aufgenommen haben, verpflichtet, sofern sie sich nicht durch Einsicht in die polizeilichen Bescheinigungen von der geschehenen Meldung Ueberzeugung verschafft haben. Die in den §§ 1, 2 und 3 vorgeschriebenen Meldefristen werden für solche Meldungen auf eine Woche ausgedehnt.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe bis 60 Mark oder mit entsprechender Haft geahndet.

Bielefeld, den 28. Juli 1876.

Der Magistrat.

Morgen, Dienstag, den 8. September, bleiben unsere Verkaufsräume

geschlossen.

Wilh. Lilienstern & Co.

Steinstraße 3—5. 2188

Rechnungs-Formulare

liefert schnell und in sauberster Ausführung

Buchdruckerei „Volkswacht".

Verkauf nur gegen Barzahlung.

Wegen Geschäftsaufgabe

gänzlicher Ausverkauf

sämtlicher fertiger Herren- u. Knaben-Kleider

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.

Das Warenlager ist mit allen

Herbst- u. Winterneuheiten

in großer Auswahl assortiert.

Sommersachen

verkaufe zu jedem annehmbaren Preise. 2139

Anfertigung nach Maß, dem Ausverkauf entsprechend enorm billig und unter Garantie für tadellosen Sitz.

Das Geschäftslokal ist anderweitig vermietet. Ladeneinrichtung ist ganz oder teilweise zu verkaufen.

Christian Bächler,

32 Obernstr. 32, gegenüber den 3 Kronen.

Verkauf nur gegen Barzahlung.

Feiertags halber bleibt unser Geschäft, morgen, **Dienstag, den 8. d. Mts.**, geschlossen.

2187

Gebr. Gottschalk.

Mein Geschäft bleibt Dienstag, den 8. dss. Mts., bis Mittwoch den 9. dss. Mts., abends 6 Uhr geschlossen. [2190

M. Strauss,

Niederstraße 6, I. Etage.

Soeben ist erschienen und hält angelegentlichst empfohlen die **Buchhandlung „Volkswacht"**, Schulstr. 20:

Die Währungsfrage und die Sozialdemokratie.

Eine gemeinverständliche Darstellung

der währungspolitischen Zustände und Kämpfe.

Von Max Schippel.

Agitations-Ausgabe (zur Massen-Verbreitung) Mk. 0,30; Porto 5 Pfg.

Buchhandel-Ausgabe Mark 1,—.

Diese Schrift, welche die Währungsfrage zum ersten Mal unter sozialistischem Gesichtspunkte behandelt, ist für jeden denkenden Genossen unentbehrlich und von der Parteipresse bereits eingehend rühmend besprochen. Die „Leipziger Volks-Zeitung" urteilt: „Hier ist endlich ein zuverlässiger Leitfaden für unsere Agitation, hier kann der Arbeiter sich gut und schnell unterrichten", und der „Vorwärts" schreibt: „desto erfreulicher ist es, daß diese von unserer Partei ausgehende Darstellung als eine sehr ernste und gründliche Arbeit aufs wärmste empfohlen werden kann."

Beim

Standesamt Bielefeld

sind eingetragen

vom 31. August bis 5. Septbr. 1896:

Geburten (zusammen 36).

Söhne (20): Tischler Friedrich Göllner, Dreher Karl Lange, Arbeiter Franz Delcur, Arbeiter Heinrich Koch, Arbeiter Friedrich Ellerbrock, Arbeiter August Höke, Schlachter Ludwig Gottheis, Schlosser Hermann Buchholz, Arbeiter Hermann Ruwe, Arbeiter Arnold Kley, Tischler Heinrich Panloke, Telegraphen-Assistent Wilhelm Schacher, Arbeiter Karl Niewöhner, Bäcker August Tubbesing, Tischler Arnold Heise, Tischler August Kaufhold, Tischler Heinrich Hüdepohl, Arbeiter Karl Heidemann, Arbeiter Wilhelm Kleinebekel, Arbeiter Karl Landwehr.

Töchter (16): Kaufmann Stephan Sutz, Tischler Hermann Bökenkamp, Schlosser Karl Benninger, Arbeiter Hermann Strohbecher, Arbeiter Hermann Kastrup, Arbeiter August Otto, Arbeiter Heinrich Krull, Musterzeichner Johannes Hainer, Hausknecht Wilhelm Helle, Bäckermeister Gustav Künsebeck, Schlosser Franz Pellmann, Arbeiter Friedrich Lütkehölter, Arbeiter Wilhelm Strothenke, Arbeiter Heinrich Kralemann, Arbeiter Wilhelm Oberschelp, Weber Johann Bors.

Todesfälle (13):

Arbeiter Heinrich Bergbusch, 84 J. Arbeiter Karl Neumann, 47 J. Ehefrau Johanne Kranzmann, 38 J. Kaufmann August Zumwinkel, 62 J. Landwirt Ernst Grüne, 47 Jahre. Appreteur Heinrich Wernecke, 55 J. Witwe Luise Kerkhoff, 70 J. Karl Dickmann, 26 Tage. Friedrich Schüler, 2 Tage. Magdalene Strothenke, 70 Jahre. Hugo Avermann, 4 Mon. Martha Lange, 1 J. Luise Meyer, 32 Jahre

Aufgebote (21 Paare).

Tischler Paul Kukulka und Marie Trüggelmann, Stationsgehilfe Heinrich Oberschelp und Auguste Ontrup, Maurer Heinrich Potthoff und Emilie Meineke, Arbeiter Gottlieb Wüllner und Bertha Kükenshöner, Maurer Hermann Meister und Margarethe Brill, Arbeiter Gottlieb Kuhlmann und Anna Wulfmeyer, Schmied Heinrich Plaßmann und Friederike Husemann, Weber Arnold Isring-hausen und Emma Büscher, Gärtner Franz Bossow und Juliane Schreyer, Arbeiter Hermann Knoche und Luise Krause, Maurer Oskar Rahaus und Anna Gerlach, Arbeiter Heinrich Kollmeier und Henriette Sprick, Arbeiter Gottlieb Fedeler und Friederike Brokmann, Arbeiter Wilhelm Neuhaus und Witwe Hanne Weltmann, Werkmeister Christoph Hühne und Witwe Dorothee Grand geb. Pattrie, Schneider Wilhelm Wöhrmann und Marie Uschpilkat, Photograph Wilhelm Schmidt und Anna Kildiger, Dreher Heinrich Husemann und Auguste Landwehr, Stadtsekretär Wilhelm Walther und Emma Landwehr, Kaufmann Karl Pleitgen und Emma Kamp, Verwaltungsgehilfe Robert Müller und Emma Ellermann.

Eheschließungen (9 Paare).

Maurermeister Ernst Liebenberg und Alma Strobach, Kassen-Kontrolleur Heinrich Jacob und Marie Deppe, Schlosser Karl Ogiermann und Elisabeth Rusemeyer, Schlosser Friedrich Krüger und Luise Oeffelke, Schlosser Karl Feige und Marie Frank, Drechsler Karl Barthal und Margarethe Austermann, Büchsenmacher Wilhelm Zippel und Witwe Auguste Becker geb. Steinkrüger, Kaufmann Friedrich Brünger und Elise Uphoff, Tischler Heinrich Niediek und Emma Intrup.

Dienstmädchen

sauber und fleißig, für kleineren Haushalt per 1. Oktober gesucht. Off. u. L. B. a. d. Exped. [2132*

Eine gute Ziege

zu verkaufen. [2189

Witwe **Biermann**, Webereistr. 11.



Quittungsmarken

in allen Größen und Farben zum Quittieren der Beiträge für Vereine und Krankenkassen, (bestes Kontrollmittel für Kassierer) liefert in sauberster Ausführung die

Buchdruckerei der „Volkswacht".